

Die Fakten

Der Vertrag von Lissabon wurde am 28. April 2008 mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen und in der Folge durch die Unterschrift des Bundespräsidenten ratifiziert.

Dieser Vertrag ist nichts anderes als die Europäische Verfassung, für die zuvor in Österreich mit Ausnahme der FPÖ alle Parteien – auch das orange BZÖ – gestimmt haben und die bei Referenden in Frankreich und den Niederlanden beim Volk durchgefallen ist.

Obwohl der Vertrag von Lissabon bei einer Volksabstimmung in Irland ebenso durch das Volk abgelehnt wurde und damit nach geltendem EU-Recht tot wäre, will das EU-Establishment ihn um jeden Preis durchdrücken.

Impressum: FPÖ-Bildungsinstitut, Friedrich Schmidt Platz 4/3a,
1080 Wien, ZVR 456806081

Funktionärsinfo
des FPÖ-Bildungsinstituts

Vertrag von Lissabon

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Funktionäre und Wahlhelfer der FPÖ!

Im Vorfeld der EU-Wahl bieten sich viele Möglichkeiten, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Nutzen Sie diese Chance. Der vorliegende Folder hilft Ihnen dabei: mit stichhaltigen Auffassungen und einer Übersicht über die EU-Standpunkte. Einseitige Information bedeutet Konformität und Propaganda. Demokratie ist ohne Meinungsvielfalt nicht denkbar, politische Mündigkeit nicht ohne das entsprechende Wissen. Wir stellen den „Pro-Argumenten“ der EU-Befürworter daher auch die Contra-Argumente der FPÖ gegenüber. Leiten Sie diese bitte an den Bürger weiter.



Ihr
Mag. Hilmar Kabas
Präsident des FPÖ-Bildungsinstituts

Der Vertrag von Lissabon

Europa am Weg zum Superstaat



Der Vertrag von Lissabon

Europa am Weg zum Superstaat

Die Freiheitlichen sind gegen den Vertrag von Lissabon, weil ...

- die **EU** sich damit vom Staatenbund zum **Bundesstaat** entwickelt und Österreich damit endgültig seine Souveränität verliert. Damit geht unser Recht nicht mehr vom österreichischen Volke aus.
- das **EU-Recht** nunmehr Vorrang vor dem Recht der Mitgliedstaaten haben wird (was durch die Hintertür der sogenannten 27. Erklärung festgelegt wird)
- Österreichs immerwährende **Neutralität** durch die Beistandspflicht und die sich abzeichnende Militarisierung der Union hinfällig wäre.
- Brüssel mit dem sogenannten „**vereinfachten Änderungsverfahren**“ die Befugnisse der EU weiter ausdehnen kann, beispielsweise bis hin zur Einführung neuer EU-Steuern.
- Brüssel durch die **Flexibilitätsklausel** im Lissabonner Vertrag weitere Kompetenzen an sich ziehen kann und das ohne Mitwirkung des österreichischen Parlaments.

Der Vertrag von Lissabon führt Europa auf den Weg zum zentralistischen und undemokratischen Superstaat und bedeutet das Ende der Freiheit und Selbständigkeit Österreichs.

Was die anderen wollen

Sie sind für den Vertrag von Lissabon und damit für ...

- die **Aufgabe** der österreichischen **Souveränität**
- die Aushöhlung der **österreichischen Identität**
- die **Umgehung** der **österreichischen Bundesverfassung**
- die **Abgabe** aller **Kompetenzen** an Brüssel
- die Preisgabe unserer **Neutralität**
- und **gegen jede Volksabstimmung** zum Vertrag von Lissabon



Daher wird die FPÖ beim Verfassungsgerichtshof klagen

Im Auftrag der Freiheitlichen hat der bekannte deutsche Verfassungsrechtler **Univ.-Prof. Karl Albrecht Schachtschneider** gemeinsam mit anderen kompetenten Juristen bereits eine Klage gegen den Lissabon-Vertrag ausgearbeitet. Sofort wenn dies rechtlich möglich ist, nämlich nach seinem Inkrafttreten, wird die FPÖ diese Verfassungsklage gegen das EU-Diktat einbringen.

Die Freiheitlichen stehen für ein freies Österreich in einem demokratischen Europa

- der Vaterländer
- der selbstbestimmten Völker
- der souveränen Nationalstaaten



H.-C. Strache

Prof. Schachtschneider

Andreas Mölzer